

INTERNATIONALE FRIEDENSBRIGADEN - GUATEMALA PROJEKT

PIM - MONATLICHE INFORMATIONEN ÜBER GUATEMALA

Nummer 94, Juli 2011

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE
2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA
 - 2.1 TREFFEN MIT GUATEMALTEKISCHEN AUTORITÄTEN UND DIPLOMATISCHEM CORPS
 - 2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT
 - 2.3 BEGLEITUNGEN
 - 2.4 FOLLOW-UP
 - 2.5 BEOBACHTUNGEN
 - 2.6 FEIER DES 30. JUBILÄUMS VON PBI. AKTIVITÄTEN IN GUATEMALA
3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB VON GUATEMALA

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE

STRAFLOSIGKEIT

Urteil gegen Ex-Soldaten wegen Massaker von Dos Erres

Guatemala, 03.08.2011 (AC).- Am 7. Dezember 1982 drang eine Eliteeinheit des guatemalteken Militärs in das Dorf Dos Erres im nördlichen Department Petén ein und folderten und ermordeten 201 Personen; viele der Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt und hinterher zusammen mit den anderen Opfern in den Dorf-Brunnen geworfen. Die Unterinspektoren aus der Schule für Kaibiles (eine Spezialeinheit des Militärs) Manuel Pop, Reyes Collin Gualip und Daniel Martínez Hernández wurden zu 30 Jahren Haft für jedes einzelne der 201 Opfer des Massakers verurteilt. Außerdem wurden sie des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, mit 30 Jahren Gefängnis, für schuldig befunden. Der Leutnant Carlos Carías erhielt das gleiche Strafurteil zuzüglich sechs Jahren wegen der Straftat schwerwiegen Diebstahls, so dass er zu 6.066 Jahren Haft verurteilt wurde. Der Urteilsspruch ist vordergründig symbolischer Art, denn die vollstreckbare Höchststrafe, so die guatemalteke Gesetzgebung, liegt bei 50 Jahren.

Dem Forscher von Amnesty International (AI), Sebastián Elgueta nach, übermittelt das Strafurteil zu mehr als sechs Tausend Jahren Haft für vier Ex-Soldaten einer militärischen Spezialeinheit eine historische Botschaft. Sie scheint darauf hinzudeuten, dass das Land endlich auf dem Weg ist, Gerechtigkeit für die schweren Menschenrechtsverletzungen, die während des internen bewaffneten Konflikts begangen wurden, walten zu lassen. Elgueta hob hervor, dass das Massaker von 1982 in Dos Erres ein Verbrechen von besonderer Brutalität war, aber nur die Spitze des Eisberges darstelle, denn unzählige Verbrechen gegen die Menschheit und andere Delikte, blieben bisher in Guatemala ungesühnt. Die Wahrheitskommission der UNO dokumentiert in ihrem Bericht aus dem Jahre 1999, dass während des 36 Jahre andauerendes Krieges über 250.000 Menschen umgebracht oder verschwunden wurden und dass die staatlichen Sicherheitskräfte über 600 Massaker begangen haben, vor allem in ländlichen und indigenen Gemeinden.

LAND

Ausnahmezustand unter im Petén verlängert

Guatemala, 15.07.2011 (PL).- Die Regierung von Guatemala verlängerte am Freitag, dem 15. Juli, den Ausnahmezustand im nördlichen Bezirk des Petén um weitere 30

Tage. Gemäß dem Beschluss der Exekutive bestehen die Gründe, welche seine Einsetzung am 16. Mai veranlasst hatten, fort, und seine Ausweitung ist zudem notwendig, um die Gefahrensituation in dem Department zu lösen. Ursprünglich wurde der Ausnahmezustand nach dem Massaker an 27 Bauern ausgerufen, das durch Elemente der aus Mexiko stammenden kriminellen Gruppe Los Zetas ausgeführt worden war.

Diese Entscheidung ist die zweite vom Präsidenten Álvaro Colom im Einvernehmen mit dem Ministerrat vorgenommene Verlängerung. Er fügt hinzu, dass als Konsequenz die volle Gültigkeit der Bürgerrechte, wie die Handlungs- und Bewegungsfreiheit, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, und das Recht, Waffen zu tragen, begrenzt würden. Die geregelten politischen Wahlveranstaltungen, religiösen, sportlichen, studentischen und künstlerischen Vereinigungen sind ausgenommen.

Gewaltsame Vertreibung in Retalhuleu hinterlässt einen Toten und drei Verletzte

Guatemala, 29.07.2011 (EP).- Ein toter Bauer und drei verletzte Polizisten waren das Ergebnis einer gewaltsamen Vertreibung, die am 28. Juli durch Mitglieder der speziellen polizeilichen Einsatzkräfte (FEP) in der Finca Soledad Cafetal, 25 km vom Munizip Santa Cruz Muluá, Retalhuleu, entfernt, durchgeführt wurde. Der Ort war seit sieben Monaten von 250 Familien besetzt gewesen. Der 29-jährige Sergio de León wurde, seinen Kameraden zufolge, mit einem der Tränengasgeräte auf die Brust geschlagen, was seinen Tod verursachte. Cornelio Reino, der Leiter der Bauerngruppe, verdeutlichte, dass sie die Ländereien besetzten, weil sie keinen anderen Ort hätten um anzubauen, dass die Bauern zuvor sieben Jahre lang in der Finca angestellt gewesen waren, und dass die Besitzer ihnen immer noch Gehälter schulden.

Sergio Morales, Ombudsman der Menschenrechte, urteilte, dass "die Friedensverträge die Mechanismen zur Lösung von Landkonflikten derart festlegen, dass die übermäßige Gewaltanwendung bei einer Vertreibung außerhalb der Legalität ist." Domingo Hernández Ixcoy von der Organisation Waqib' Kej argumentierte, dass die Vertreibungen bislang die gegenwärtige Regierung charakterisieren würden. "Es kommt darauf an, eine Politik zu entwickeln, die den Dialog fördert, um zu verhindern, dass sich Geschehnisse wie dieses wiederholen", sagte er.

Laut dem Vertreter des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, UNHCHR, Alberto Brunori "befanden sich die Bauern in einer Situation, in der es ihnen unmöglich war, weiter zu arbeiten und das Land zu bezahlen." Weiter wies er darauf hin, dass die Bauern entschieden hätten, auf friedliche Weise das Grundstück zu verlassen, und dass sie um die Erlaubnis gebeten hätten, an diesem Ort zu ernten; ihr Anliegen wurde aber nicht von den Besitzern akzeptiert. Nach Brunori ähnelt das Problem der Situation im Valle del Polochic, Alta Verapaz, wo "man die Bauern ohne alternativen Plan vertrieben hatte". Er fügte hinzu: "wir haben die Behörden warnend darauf hingewiesen, dass die Vertreibungen nicht internationalen Standards genügen, dass sie die Menschenrechte verletzen, und dass zwar immer vom Recht auf Eigentum geredet wird, aber nicht davon, dass der Mensch ein Recht auf Leben und Ernährung hat."

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG

Durchführung einer Volksbefragung über Bergbau in Nueva Santa Rosa

Guatemala, 04.07.2011 (PL).- Die Anwohner von Nueva Santa Rosa, Department Santa Rosa, nahmen am 3. Juli an einer Volksbefragung teil, um zu entscheiden, ob sie die Bergmine in San Rafael Las Flores befürworten. Sie wurden dabei von den Autoritäten des Munizips, sowie durch die Diözese Santa Rosa unterstützt. Die Gemeinde gab an, dass über 5.000 Personen aus rund 33 Gemeinden an den 24 Wahlorten ihre Stimme abgaben.

Die Ergebnisse wurden noch nicht bekannt gegeben, da in Santa Rosa de Lima, Casillas und San Rafael las Flores ähnliche Befragungen stattfinden werden und

deren Ergebnisse abgewartet werden. Die Auszählung wird im Diario de Centro America veröffentlicht und an den Kongress der Republik geschickt.

Der Bischof von Santa Rosa de Lima, Monseñor Bernabé Sagastume Lemus, gab an, dass es die Absicht dieser Befragung war, herauszustellen, wie sich die BewohnerInnen über die Bergbauaktivität aussprechen. Der Prälat argumentiert, dass „der Bergbau eine große Zerstörung der Natur und der Flüsse mit sich bringt. Man muss hervorheben, dass diese Aktivität mehr Schaden als Nutzen verursacht, obwohl sie für manche eine Entwicklung und eine Verbesserung des Arbeitsmarktes bedeuten könnte. Im Allgemeinen lässt sich sagen, das für die Mehrheit der Bevölkerung dadurch ein sozialer Konflikt heraufbeschworen wird.“

WEITERES

Der spanische Richter Santiago Pedraz wird genderbezogene Verbrechen untersuchen

Guatemala, 27.07.2011 (PL).- Der spanische Richter Santiago Pedraz stimmte zu, genderspezifische Verbrechen, die zwischen 1979 und 1986 in Guatemala begangen wurden und die Straftaten der Vergewaltigung, Folter und des Genozids darstellen, zu untersuchen. Dem Urteil nach, das Pedraz am 26. Juli abgab, „wird die Untersuchung oder der Prozess wegen Verbrechen des Genozids, Terrorismus, Verbrechen gegen die Menschheit, Folter, Mord und illegale Festnahmen weiterverfolgt“.

Der Gerichtsbeschluss entspricht einer Klage, die von der Organisation Women´s Link Worldwide eingereicht worden war. Das Dossier hebt hervor, dass „während der Periode zwischen 1979 und 1986 die Maya-Frauen in Guatemala durch staatliche Vertreter spezifische Formen der Verfolgung und Gewalt, speziell sexueller Art – massive Durchführung von Vergewaltigungen und sexueller Sklaverei– erlitten haben“. Das Dokument erwähnt außerdem, dass „die gesamte genderspezifische Gewalt in der militärischen Ausbildung geplant wurde, während die sexuellen Aggressionen zu einer Gewohnheitspraxis wurden“. María Eugenia Solís, beauftragte Anwältin genannter Gruppierung, nach, handelt es sich um eine Fortsetzung der Klage wegen Genozids, eingereicht von der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum, aus dem Jahre 1989: „In dieser Anzeige erwähnte sie (Menchú) drei wichtige Fälle: der Brand der Spanischen Botschaft, Verfolgung und Verschindenlassen von ihren Familienangehörigen und von drei spanischen Priestern. Hinzu kommt jetzt das Verschwinden von Alaíde Foppa, die Hinrichtung der Psychologen Carlos Figueroa und Edna Ibarra, außerdem die Hinrichtung von Molina Theissen und die Festnahme eine seiner Schwestern“.

Unter den beschuldigten Militärs befinden sich die Generäle Óscar Humberto Mejía Víctores, José Efraín Ríos Montt und Fernando Romeo Lucas García, letzterer ist bereits gestorben, der ehemalige Innenminister Donaldo Álvarez Ruiz, der ehemalige Leiter der Nationalpolizei German Chupina Barahona, ebenfalls bereits verstorben, und Pedro García Arredondo, der am Sonntag, dem 24. Juli, aufgrund eines anderen offenen Verfahrens gegen ihn gefangen genommen wurde.

Guatemala verliert einen ihrer Nationalhelden: Alfonso Bauer Paíz



Guatemala, 11.07.2011 (EP, PL, SV, PLa).- Im Hauptkrankenhaus des guatemaltekischen Instituts für Sozialversicherung (IGSS) verstarb am 10. Juli Alfonso Bauer Paíz, einer der politischen Galionsfiguren der Linken in Lateinamerika, nachdem er nach einer Lungenentzündung monatelang unter ärztlicher Beobachtung stand. Alfredo de León, ein enger Freund von Poncho Bauer, berichtete, dass er das Krankenhaus drei Monate nicht verlassen konnte und obwohl er die Lungenentzündung nach einigen Wochen überwand, ein Herzstillstand seinem Leben ein Ende setzte. Bauer Paíz feierte im April seinen 94. Geburtstag; 94 Jahre, welche die Geschichte Guatemalas geprägt haben: von der

Gründung der Arbeitsgerichte bis zum Kampf für den Aufbau eines Sozialversicherungssystems. Und in einem jener Krankenhäuser verstarb er schließlich. Miguel Ángel Sandoval wies darauf hin, dass über die Legende Bauer Paiz zu sprechen bedeute, über „den Ausdruck des Engagements einer ganzen Epoche“ zu sprechen. Poncho sei „eine ethische Instanz nicht nur für die Linke, sondern für jeden, der Sozialpolitik oder Soziale Arbeit aus Überzeugung betreibe.“ Zwei Mal fungierte er als Abgeordneter im Kongress der Republik, darüber hinaus war er Arbeits- und Wirtschaftsminister während der Regierungszeit Juan José Arévalos (1945-51). Während Jacobo Árbenz' Amtszeit (1951-54) war er als Vorsitzender der Nationalen Agrar-Bank eingesetzt. Von diesem Posten aus veranlasste er eine der polemischsten Auseinandersetzungen, die immer noch fortbesteht, über die Verhältnisse des Landbesitzes in Guatemala, die im Dekret 900 für eine Agrarreform mündete. Die Militärintervention von 1954 veranlasste ihn ins Exil nach Chile, Mexiko, Cuba und Nicaragua zu gehen. In diesen Ländern unterstützte er die Regierungen von Salvador Allende in Chile, die Revolution in Cuba und die der Sandinisten in Nicaragua. Nach seiner Rückkehr nach Guatemala dozierte er an der Rechtsfakultät der Universität San Carlos (USAC). Seine letzte Legislatur als Kongressabgeordneter war von 1996 bis 2000. Als unermüdlicher Schwimmer schwamm regelmäßig im olympischen Becken der Zone 4, bis gesundheitliche Probleme es ihm unmöglich machten. Seine Kollegen berichten, dass er bis zu seinem Tod ein starker Mann war.

Quellen: Agencia Cerigua (AC), Prensa Libre (PL), Prensa Latina (PLa), El Periódico (EP), Siglo Veintiuno (SV).

2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA

Team: Pascal Bodemeijer (Niederlande), Anabella Estol (Argentinien), Engel Montuenga Peña (Spanien/Kolumbien), Samuel Jones (Großbritannien), Guillaume Riboulleau (Frankreich), Maike Holderer (Deutschland), Kathrin Rüegg (Schweiz), Kathi Dunkel (Deutschland), Alvaro Zaldívar (Spanien), María Cayena Abello (Kolumbien) und Francisco Bernal (Kolumbien).

2.1 GESPRÄCHE MIT GUATEMALTEKISCHEN AUTORITÄTEN, DIPLOMATISCHEM CORPS UND INTERNATIONALEN INSTITUTIONEN

Die Treffen mit nationalen und internationalen Autoritäten sind ein wichtiges Instrument für die Arbeit von PBI, um diesen unsere Ziele und Arbeitsinhalte mitzuteilen. Bei diesen Zusammenkünften äußern wir in begründeten Fällen auf zurückhaltende Weise Besorgnis über kritische Situationen, über die wir aus erster Hand durch unsere Arbeit vor Ort Kenntnis zu Kenntnis genommen haben.

Diplomatischer Corps und andere internationale Vertretungen in Guatemala

- Alberto Brunori, Vertreter der Menschenrechte, Büro des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR), Guatemala Stadt.
- Vayram Nayadroh, politische Sachbearbeiterin der US-Botschaft, Guatemala Stadt.
- Jorge Meza, Anwalt des Amtes für Sonderberichterstattung zur Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen der Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH), Guatemala Stadt
- José de Jesús Orozco Henríquez, Sonderberichterstatter zur Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen der CIDH, Guatemala Stadt

VertreterInnen staatlicher Stellen Guatemalas

- Paulina de León, Sachbearbeiterin der Menschenrechtskommission des Präsidenten (COPREDEH). Region Ixil, Nebaj.
- Rodolfo Mariano Jo Cermeño, Chef der Polizeistation Uspantán und Chicamán, Nationalen Zivilpolizei (PNC). Uspantán, Quiché.
- Alfredo Franklin Moscoso Caminade, Gouverneur von Chiquimula. Chiquimula.
- Martín Sacalxot, Büro zur Verteidigung der indigenen Völker der Menschenrechtsombudsstelle (PDH). Guatemala Stadt.

2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Das Team vor Ort trifft sich regelmäßig mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um sich über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen auf dem Laufenden zu halten, sich gegenseitig über die eigene Arbeit zu informieren und Informationen für interne Analysen der politischen Lage zu sammeln.

Organisationen und Personen der guatemaltekischen Zivilgesellschaft

- Eusebio Cristino Tum Vásquez, Sekretär des indigenen Bürgermeisteramtes in Uspantán, Quiché.
- Elena Brito Herrera und Máximo Terreza, Stiftung Guillermo Toriello (FGT), Nebaj, Quiché.
- Enrique Corral, Direktor der Stiftung Guillermo Toriello, Guatemala Stadt.
- Claudia López, Koordinatorin und juristische Beraterin der Anwälte ohne Grenzen, Guatemala Stadt.
- Miguel Itzep, Nationaler Koordinator der Nationalen Bewegung von Opfern (MNV), Guatemala Stadt.
- Helmer Velásquez, Exekutivdirektor des Dachverband zur Koordinierung von NGOs und Kooperativen, CONGCOOP, Guatemala Stadt.
- Ernesto Menchú vom Komitee der Opfer, Uspantán, Quiché.
- Tomás Aguilar, indigener Bürgermeister des indigenen Bürgermeisteramtes Uspantán, Uspantán, Quiché.
- Sonia Súchitez, Ordensschwester, Diözese von San Marcos – Projekt zur Aufarbeitung der Vergangenheit (REHMI), Guatemala Stadt.
- Lolita Chávez, Vertreterin des Rates der Völker K'iches (CPK). Santa Cruz, Quiché.
- Valeriano Pascual, Koordinator des Fonds des Nationalen Entschädigungsprogramms (PNR), Santa Cruz, Quiché.
- José Cruz und Julio González, Kollektiv Madre Selva. Guatemala Stadt.
- Javier Gurriarán, Mitglied des Kollektivs der Initiative zur Aufarbeitung der Vergangenheit im Norden Quichés Guatemala Stadt
- Mario Minera, Exekutivdirektor, Rechtshilfezentrum für Menschenrechte, (CALDH) Guatemala Stadt.

Soziale Organisationen und internationale Organisationen

- Anabella Sibrián, Vertreterin der holländischen Plattform gegen Straflosigkeit in Guatemala. Guatemala Stadt.
- Koordination der Internationalen Begleitung in Guatemala (ACOGUATE). Guatemala Stadt.
- Wilson de los Reyes Aragón, Koordinator, und Leslie Figueroa, Koordinatorin von Ausbildung und Bekanntmachung, Impunity Watch, Guatemala Stadt.

2.3 BEGLEITUNGEN

Nationale Koordinierung der Witwen Guatemalas, CONAVIGUA

Im Juli haben wir die Begleitung von CONAVIGUA durch Besuche und regelmäßige Treffen mit ihren Mitgliedern, in ihrem Büro in der Hauptstadt fortgesetzt. Am 30. Juni beobachteten wir eine Versammlung in Uspantán, um die Volksbefragung, die

Ende 2010 stattfand, nachzubereiten.

Hintergrund: Im Rahmen ihrer Arbeit für historische Erinnerung und Wiedergutmachung führt CONAVIGUA Exhumierungen und Beisetzungen in verschiedenen Departements, vor allem im Quiché, Chimaltenango und den Verapaces durch. Diese Prozesse führen in ländlichen Gemeinden, wo Opfer und Täter zusammen leben, zu sehr angespannten Situationen, innerhalb welcher die Frauen von CONAVIGUA bedroht werden, um so die Durchführung ihrer Arbeit zu verhindern.

Aufgrund der Zunahme von Anfragen aus den Gemeinden, in denen CONAVIGUA arbeitet, weitete die Organisation ihre Arbeit auf das Gebiet der Rechts- und organisatorischen Beratung von Gemeinden im Prozess ihrer Selbstbestimmung aus. Unter anderem begleitet CONAVIGUA den Organisations- und Entwicklungsprozess der Volksbefragung in den Kreisen Uspantán (Quiché) und Lanquín (Alta Verapaz).

Seit August 2003 begleitet PBI die Organisation periodisch. Regelmäßige Besuche in ihrem Büro in der Hauptstadt sowie Begleitungen ihrer Mitglieder auf Reisen in die verschiedenen Departements sind Teil des internationalen Schutzes, den wir der Organisation bieten. Als Reaktion auf die schweren Todesdrohungen gegen ihre Mitglieder **Magdalena Sarat** und **Jorge Morales Toj**, haben wir seit September 2010 die Begleitung von CONAVIGUA intensiviert. Diese Todesdrohungen erhielten sie im Rahmen der Vorbereitung der Volksbefragung über Rohstoffprojekte in den Gemeinden Uspantán (Quiché) und Lanquín (Alta Verapaz). In diesem Kontext aktivierten wir im Oktober 2010 und im April 2011 das internationale Unterstützernetzwerk von PBI Guatemala.

Verein für den Schutz des Berges Las Granadillas, APMG.

Im Juli hielten wir regelmäßigen Kontakt mit Mitgliedern des Vereins. Wir verfolgten weiterhin den von APMG initiierten Prozess zur Erklärung des Berges Las Granadillas als Schutzgebiet (Quellreservat). Ein technischer Bericht hierzu wurde im Juli übergeben. Am 17. Juli verfolgten wir die Anzeige eines Mitarbeiters der lutherischen Kirche, der mit einer Machete bedroht wurde.

Hintergrund: Der Verein wurde im Jahr 2003 im Departement Zacapa gegründet, um das Ökosystem des Berges Las Granadillas schützen. Dort sind die wichtigsten Wasservorkommen und die größte Biodiversität der Region zu finden. Die lokale Bevölkerung hat dort außerdem verschiedene Probleme identifiziert: massiver Holzbau, illegale Abholzung, große Ausbreitung privater Flächen für Viehzucht und Monokulturen, Entwaldung und die Behinderung des Zugangs zu Wasserquellen. Sie bekommen Unterstützung von der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA), insbesondere vom für die Region zuständigen Pfarrer **José Pilar Álvarez Cabrera** und vom Kollektiv Madre Selva. Eine der Ziele des Vereins ist es, das Gebiet zu einem offiziellen Schutzgebiet zu erklären. Allerdings stellen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen im Gebiet Las Granadillas eine Gefahr für die Arbeit der APMG dar. Die Mitglieder der Organisation haben verschiedene Arten von Verfolgungen und Drohungen erleben müssen seit sie den illegalen Holzhandel angezeigt haben und zusammen mit der Bevölkerung der **Gemeinde La Trementina** einen andauernden Prüfungsprozess über die bewilligten Lizenzen sowie die Abholzung in den privaten Fincas der Berge begannen.

Wir begleiten den APMG seit August 2008. Anfang 2009 und Ende 2010 führte der permanente Konflikt zwischen den Besitzern der Privatfincas und der Bevölkerung von La Trementina, sowie APMG in strafrechtliche Prozesse gegen Mitglieder des Vereins und der Gemeinde aufgrund erstatteter Anzeigen, unter anderem von Juan José Olavarrueth, dem Besitzer der Finca Tachoró. In beiden Fällen hingen die Anklagen mit der Arbeit zum Schutz des Berges, welche APMG ausführt zusammen. Ebenfalls in beiden Fällen wurde die Gerichtsverhandlung in der ersten Anhörung vor dem Richter eingestellt.

Neun Personen (drei in 2009 und acht in 2010) sahen sich von den Anklagen ohne Grundlage betroffen, ihnen wurde sogar die Straftat der illegalen Festnahme, Drohungen und psychologische Gewalt gegen eine Frau¹ unterstellt. José Pilar Álvarez Cabrera bekam während dieser Konflikte Morddrohungen und wurde Opfer von Verleumdungen in lokalen Medien. Aus diesem Grund haben wir zwischen Oktober 2010 und April 2011 das internationale Unterstützernetzwerk von PBI außerhalb Guatemalas aktiviert.

Verein der indigenen Frauen von Santa María Xalapán (AMISMAXAJ)

Im Juli hatten wir mehrere Treffen mit verschiedenen Mitgliedern des Verein in Guatemala Stadt, wir hörten über die Entführung eines Jungs in dem Berg von Xalapán, der später frei gelassen wurde.

Hintergrund: *AMISMAXAJ wurde im Februar 2004 als Verein von Arbeiterinnen in der Region von Jalapa gegründet und im Juni des gleichen Jahres in den Frauensektor integriert. AMISMAXAJ besteht aus 75 weiblichen Führungspersönlichkeiten, welche 15 Xinka-Gemeinden des Berges Santa Maria Xalapán (Jalapa) vertreten. Die Arbeit von AMISMAXAJ findet gegenwärtig auf lokaler, departamentaler und nationaler Ebene statt, und verfolgt einen politischen Ansatz gegen jegliche Form von patriarchalischer, neoliberaler, rassistischer, homo- und lesbophober Unterdrückung. Sie haben territoriale und nationale strategische Allianzen für den Antrieb ihrer politischen Aktionen aufgebaut. Der Verein arbeitet in der Region von Jalapa aktiv in der Verteidigung von Frauenrechten, der Wiederbelebung ihrer ethnischen Xinka-Identität und der Verteidigung von Land und Territorium. Insbesondere entwickeln sie eine aktive Arbeit in der Verteidigung der natürlichen Ressourcen und gegen die Aktivitäten und Pläne der in der Region anwesenden Minen- und Ölindustrie.*

*Am 12. Oktober 2010, während der Protestaktion in der Bezirkshauptstadt von Jalapa, angesichts des Tages des Widerstands der Indigenen Völker, erhielt **Lorena Cabnal**, Mitglied des Vereins, eine Todesdrohung von einem Mann, der während der Aktion zugegen war. Außerdem wurden andere Mitglieder von AMISMAXAJ eingeschüchert, dies kommt zu den Vorfällen der letzten beiden Monate hinzu. Aufgrund dessen haben wir beschlossen, AMISMAXAJ in die internationale Aktivierung des Unterstützernetzwerkes von PBI Guatemala einzuschließen, die im Oktober 2010 ausgelöst wurde.*

Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día

Im vergangenen Monat haben wir unsere Begleitung der Bauernkoordination durch regelmäßige Treffen mit Mitgliedern der Organisation fortgesetzt. Wir besuchten die Gemeinde Matasanos, Munizip von Jocotán, wo wir ihre Sorgen und Neuigkeiten hörten. Außerdem begleiteten wir ein Mitglied der Bauernkoordination in Chiquimula bei den Aktivitäten. Wir trafen uns auch mit guatemaltekeischen staatlichen Stellen, um Interesse zu zeigen am Projekt des Wasserkraftwerks El Orégano, dessen Genehmigung für die Installation des Kraftwerks im April 2011 durch das Energie- und Bergbauministerium erteilt wurde.

Hintergrund: *Die Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, welche Mitglied der Agrarplattform ist, arbeitet in den Kreisen Camotán, Jocotán, Olopa und San Juan Hermita im Departement Chiquimula. In Koordination mit*

¹ Am 29. November 2010 erhielten acht Personen, Mitglieder des Verein und der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA) eine richterliche Vorladung, in der sie zu ersten Aussagen im Rahmen eines Strafverfahrens gegen sie einberufen wurden. Sie wurden wegen der Straftaten illegale Festnahme und Drohungen verwarnt. Nachdem die richterliche Anhörung zwei Mal (am 26. Januar und 7. März) verschoben wurde, drückten GemeindevertreterInnen aus Zacapa und Chiquimula in einem Brief an den Obersten Gerichtshof ihre Sorge darüber aus. Sie hoben die Einschränkungen in ihrer sozialen Arbeit und Arbeit in den Organisationen hervor, die sich aus der Verwicklung in ein juristisches Verfahren ergaben. Am 31. März reichten die Ehefrauen von José Juan Olavarrueth und Gregory Miller, den ursprünglichen Klägern, eine Nebenklage aufgrund der Straftaten illegaler Verhaftungen, Drohungen und psychologischer Gewalt gegen Frauen ein. Die Anhörung fand schließlich am 13. April statt, mehr als viereinhalb Monate nach der richterlichen Vorladung.

anderen lokalen Organisationen führen sie für die ländlichen Gemeinden zu den Themen Bauernökonomie, Umwelt, Rechte und Territorium Fortbildungen durch. Im Jahr 2006 hat Nuevo Día von der Existenz von Bauplänen für drei Wasserkraftwerke in zwei Kreisen erfahren: die Projekte „El Puente“ und „El Orégano“ im Kreis Jocotán, und das Projekt „Caparjá“. Alle drei Projekte sind Teil des größeren Projektes des Systems der elektrischen Vernetzung für die zentralamerikanischen Länder (SIEPAC). Als Teil ihrer Arbeit hat der Verein den Gemeinden im Gebiet Information zukommen lassen, und Raum für Evaluierungen und Analyse der Auswirkungen auf die Umwelt und lokale Wirtschaft dieser Projekte und anderer im Gebiet geplanter Projekte gefördert. Mehrere Mitglieder von Nuevo Día haben erklärt, dass der Mangel an Information und Befragung der Gemeinden von Chiquimula seitens öffentlicher Institutionen die Ursache der Konfliktivität ist. Mitglieder von Nuevo Día wurden im Zusammenhang mit ihrer Aufklärungsarbeit in den Gemeinden über die Wasserkraftwerksprojekte angegriffen und bedroht. Einer ihrer Mitglieder wurde Mitte September 2009 Opfer eines Schusswaffenangriffs in der Nähe seiner Gemeinde.

Nach gewaltsamen Vorfällen während einer Versammlung am 12. Oktober 2010, bei der die indigene Maya-Ch'orti-Bevölkerung von der Stadtverwaltung einen Dialog mit dem Bürgermeister über das Projekt des „technologischen Korridors“ forderte und ihren Widerstand gegenüber selbigem ausdrückte, kam es zu einer Konfrontation zwischen den Protestierenden und der Polizei. Daraufhin veröffentlichten mehrere nationale und lokale Kommunikationsmedien Aussagen der lokalen staatlichen Stellen, welche die Verantwortung für das Vorgefallene Omar Jerónimo, Mitglied von Nuevo Día, und Carlos Hernández, Mitglied des Camotekischen Bauernverbands zuschrieben.² **Omar Jerónimo** und **Edgar Hernández** erhielten Morddrohungen und wurden von bewaffneten Unbekannten eingeschüchtert. Abgesehen davon, dass wir unsere Begleitung der Zentralen Bauernkoordination Nuevo Día intensivierten, schlossen wir die Organisation in die internationale Aktivierung des Unterstützernetzwerkes von PBI Guatemala ein, das im Oktober 2010 ausgelöst wurde.

Camotekischer Bauernverband

Wir haben die Situation des Bauernverbands aufmerksam verfolgt angesichts der zutiefst besorgniserregenden strafrechtlichen Anzeige gegen zwei Mitglieder der Organisation. Obwohl die Klage schließlich zurückgenommen wurde (siehe Hintergrund), hat dies dazu beitragen, dass sie sich in ihrer Verbandsarbeit während und nach dem juristischen Prozess eingeschränkt sahen und sehen. Außerdem wurden in der Nacht vom 25. Juli Schüsse von Unbekannten auf den Arbeitsplatz von einem der Mitglieder des Verbands abgegeben, wir verfolgen diesen Zwischenfall.

Hintergrund: Der Camotekische Bauernverband wurde 1988 gegründet und hat sich aus GesundheitshelferInnen und Hebammen der Gemeinde von Camotán, Departement von Chiquimula gebildet. Der Verband ist aktives Mitglied der Koordination der volkstümlichen indigenen gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen des Ostens (COPISCO).

Ihr vorrangiges Ziel ist der Schutz des Lebens und der natürlichen Ressourcen, die Absicht ist menschliches Wohlbefinden und der Natur zu finden. Derzeit besteht der Verband aus 718 Mitgliedern, welche über die Einhaltung der Gesetze wachen und Verletzungen von Menschenrechten in dem Gebiet des Ostens des Landes verfolgen. Sie unterhalten eine enge Beziehung zu der zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, mit der sie besonders zu den Themen Schutz der Erde, Landwirtschaft und die Verteidigung der Umwelt zusammenarbeiten.

² Agrarplattform, Presseerklärung 12 und 13.10.2010. Nationale Front des Widerstandes (FNL), „Drei Bauern sterben in Jocotán“, 13.10.2010. Beobachtungsstelle der Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL), „Aggression und Unterdrückung des Maya Ch'orti Volkes“, 13.10.2010 Guatemaltekkische Presse vom 13.10.2010.

Als der Verein die Baupläne der drei Wasserkraftwerke „El Puente“, „El Orégano“ und „Caparjá“ (siehe oben- Hintergrund der Zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día) und das Projekt des „Technologischen Korridors“ zur Kenntnis nahm, die Auswirkungen auf mehrere Munizipien des Departments haben, begann der Verband mit der Informationsarbeit der Gemeinden über die Auswirkungen der Megaprojekte auf die Umwelt und ihre wirtschaftliche Situation.

*Am 15. November wurden **Carlos Hernández** und **Santos Vásquez**, verhaftet. Sie wurden der Straftaten „Aktivitäten gegen die innere Sicherheit der Nation“, sowie der „Teilnahme an illegalen Treffen und Versammlungen“ beschuldigt, nachdem sie an einer öffentlichen Versammlung, welche 6 Monate zuvor durchgeführt wurde am 30. März 2010 teilnahmen, und an welcher sich mehr als 70 Personen beteiligt haben, um ihre Ablehnung der Pläne und Projekte der elektrischen Vernetzung der Region kundzutun. Am 2. März beobachteten wir die zweite Anhörung in Chiquimula bei der Carlos Hernández und Santos Vásquez vor dem Gericht standen. Der Richter beschloss eine vorläufige mit Auflagen bedachte Verfahrenseinstellung wegen Geringfügigkeit (nach guatemaltekischem Recht criterio de oportunidad). Er stellte das strafrechtliche Verfahren ein und ordnete eine Strafe von 1000 Quetzales (ca. 90 Euro) jeweils, sowie das Verbot an illegale Treffen und Versammlungen teilzunehmen oder sie zu promovieren. Die Aktivierung des internationalen Unterstützernetzwerks von PBI außerhalb von Guatemala zwischen Oktober und April 2011 betraf auch den Camotekischen Bauernverband.*

Q'a molo Q'i Sanjuan-Unamos Pueblos Sanjuaneros

Wir führten unsere Besuche der Gemeinden von San Juan Sacatepéquez fort und waren bei ihren wöchentlichen Treffen in Santa Fe Ocaña präsent. Wir beobachteten die Entwicklung der Gerichtsanhörung in Mixco über den gewaltsamen Übergriff gegen zwei Gemeindemitglieder im Februar diesen Jahres. Die Anhörung wurde jedoch erneut ausgesetzt. Wir besuchten die Gemeinde Pilar I, in welcher der besagte Übergriff stattgefunden hatte und verfolgten zusätzlich die Situation drei inhaftierter Personen, deren Familien uns ihre Sorgen mitgeteilt hatten.

Hintergrund: *Q'a molo Q'i Sanjuan-Unamos Pueblos Sanjuaneros (Vereinigung der Dörfer von San Juan) ist eine Organisation, welche die Anwohner verschiedener Gemeinden des Kreises San Juan Sacatepéquez, die am Kampf und für den Schutz des Gebietes und der natürlichen Ressourcen der Region teilnehmen, verbindet. Seit 2006 arbeitet die guatemaltekische Firma Cementos Progreso S.A. an dem "Projekt San Juan", welches den Bau einer Zementfabrik und eines Steinbruchs in der Finca San Gabriel Buena Vista und den Dörfern San Jose Ocaña und San Antonio las Trojes I und II beinhaltet. An diesen Unternehmungen beteiligen sich Cementos Progreso S.A. mit 80 % der Investitionen und der multinationale Schweizer Konzern Holcim, der größte Zementproduzent der Welt, mit den restlichen 20 %.*

*Am 13. Mai 2007 führten die **Gemeinschaften von San Juan Sacatepéquez** ohne die Unterstützung des Bezirks eine Volksbefragung über den Bau der Fabrik durch. Es beteiligten sich 8.950 Personen, von denen 8.946 gegen und vier für die Fabrik gestimmt haben. Obwohl der sich der Bürgermeister und der Stadtrat verpflichtet hatten, die Ergebnisse der Befragung zu berücksichtigen, bevor irgendeine Baugenehmigung erteilt wird, gehen die Arbeiten an der Fabrik weiter.*

Während der letzten drei Jahre haben die EinwohnerInnen von San Juan Sacatepéquez zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und eine ausgeprägte Kriminalisierungskampagne erlitten und zur Anzeige gebracht.

Der Prozess des Dialogs, an dem sie mit verschiedenen Autoritäten und öffentlichen guatemaltekischen Institutionen teilgenommen haben, wurde ohne Ergebnisse bzgl. eines Entschlusses oder der Resolution des Konfliktes

beendet.³ Seit ihrer Anfrage im Dezember 2009 begleitet PBI Qamoló Kí Aj Sanjuani, da verschiedene Mitglieder der Organisation und der Gemeinden, die sie vertreten, von Bedrohungen und Verfolgung betroffen sind.

Gemeinderat von Cunén

Wir besuchten verschiedene Male die Mitglieder des Gemeinderats von Cunén in Quiché. Als Teil dieser Begleitung verfolgten wir weiterhin die Treffen des Gemeinderates mit dem Unternehmen Unión Fenosa DEOCSA (Stromverteiler des Westens Guatemalas) beim Runden Tisch, welcher regelmäßig stattfindet, um über Aspekte des Programms zur Elektrifizierung der ländlichen Regionen (PER) zu verhandeln, welches im Munizip momentan umgesetzt wird.

Hintergrund: Am 14 Januar 2009 haben die Gemeinden des Munizips Cunén aus dem Department El Quiché einen organisierten Prozess zur Verteidigung ihres Gebiets, der natürlichen Ressourcen und der Menschenrechte während einer Versammlung, die im Munizip von Cunén stattfand, durchgeführt. Der Gemeinderat von Cunén entstand bei dieser Versammlung. Er besteht aus 22 Mitgliedern der acht Mikroregionen von Cunén. Die 22 Mitglieder wurden von ihren Gemeinden ernannt. Im Oktober 2009 organisierten sie eine Volksbefragung über die Bergbauaktivitäten und Wasserkraftwerke und allgemein zur Umsetzung von Megaprojekten, an der sich etwa 19.000 Personen aus 71 Gemeinden gegen die Aktivitäten aussprachen. PBI beobachtete den Prozess der Vorbereitung und die Ausführung der Volksbefragung und begleitet den Rat seit Februar 2010.

Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala, UDEFEGUA.

Im Juli besuchten wir regelmäßig das Büro von UDEFEGUA in der Hauptstadt Guatemalas. UDEFEGUA verfolgt weiterhin den Land-Konflikt im Valle de Polochic, Alta Verapaz, welcher zu den Räumungen verschiedener Gemeinden im März führte. UDEFEGUA arbeitet in der Ermittlung und am Nachweis der Übergriffe und Aggressionen, die die Gemeinden und ihre Mitglieder erlitten haben.

Wir beobachteten eine Pressekonferenz von UDEFEGUA und dem Team der Gemeinschaftsstudien und psychosozialer Aktion (ECAP), angesichts der Festnahme des Bürgermeisters von San Juan Cotzal, Departement Quiché. In dieser Konferenz betonten sie ihre Zufriedenheit über die in diesem Fall eingeleiteten Maßnahmen und sehen darin einen wichtigen Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit, für den Rechtsstaat und mehr Gerechtigkeit.

Gleichzeitig richteten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Landkonflikte, welche in Gemeinden des Munizips El Estor, Departement Izabal, registriert wurden, in denen UDEFEGUA präsent ist.

Hintergrund: Die Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala (UDEFEGUA) wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Sicherheit von MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala zu erhöhen und damit zum Schutz des Freiraums für ihre Arbeit beizutragen. Ihre Programme unterstützen bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Organisationen. Durch Informationen, Fortbildungen, Beobachtung der Situation und psychologischer Unterstützung beraten sie hinsichtlich Vorbeugung und Reaktion gegenüber Bedrohungen und Angriffen. Zudem fördert UDEFEGUA den Schutz dieser Personen durch staatliche Institutionen und die internationale Gemeinschaft.

PBI arbeitet seit Jahren mit UDEFEGUA zusammen und hat ihnen bereits 2007 nach einer anderen Bedrohungsepisode internationale Begleitung gestellt. Mitglieder der Organisation erhielten im Mai 2009 Bedrohungen und zeigten diese bei der Staatsanwaltschaft an. Verschiedene internationale

³ Mehr Informationen (auf Spanisch und Englisch) im Spezialbericht von PBI Guatemala 2010 unter folgendem Link: http://www.pbi-guatemala.org/fileadmin/user_files/projects/guatemala/files/spanish/Mujeres_Completo_ESP.pdf

Organisationen drückten ihre Besorgnis aus und betonten, dass es sich um ein „ernstes Verfolgungsmuster handelt“⁴

*Wir intensivierten die Begleitung seit März 2010, nachdem das Haus von **Erenia Vanegas** durchsucht und das Fahrzeug von **Claudia Samayoa** manipuliert wurde, beides Mitglieder von UDEFEGUA. Seitdem hat PBI die Begleitung der Organisation durch Besuche im Büro und regelmäßigen Treffen mit Mitgliedern der Organisation verstärkt. Die Organisation wurde von PBI auch bei ihren Reisen innerhalb von Guatemala begleitet. Diese Reisen sind notwendig um ihre Arbeit der Untersuchung und Überprüfung der Anzeigen von Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen durchzuführen.*

Union der Bauernorganisationen der Verapaces, UVOC

Im Juli trafen wir uns mit Mitgliedern der UVOC in ihren Büros in Alta Verapaz und in der Hauptstadt. Wir verfolgten ihre Aktivitäten der rechtlichen Beratung und Betreuung im Rahmen verschiedener Landkonflikte, was Teil Bemühungen der UVOC und der Gemeinden ist, auf institutionellem und legalem Weg Lösungen für diese Konflikte zu finden. Wir begleiteten die Organisation während des Runden Tisches in Cobán (Alta Verapaz), welcher monatlich stattfindet, um Konflikte rund um das Thema Land in der Region zu behandeln.

Wir begleiteten den Rechtsabwalt Jorge Luis Morales bei seiner rechtlichen Beratung und Betreuung in einem Landkonflikt. Zudem begleiteten wir die Mitglieder von UVOC zu ihren Aktivitäten bei staatlichen Institutionen, diesen Monat beim Staatssekretariat für Agrarangelegenheiten (SAA) und dem Landankaufsfond (FONTIERRAS).

***Hintergrund:** UVOC ist eine Bauernorganisation der Departements Alta- und Baja Verapaz, die vor allem in der Verteidigung von Landrechten und der Förderung des Zugangs der ländlichen Bevölkerung zu Land arbeitet, indem sie sie z.B. im Bereich der Legalisierung ihres Landes berät. Außerdem befähigen und unterstützen sie die Gemeinden, welche sich in UVOC zusammengeschlossen haben bei der Entwicklung und Organisation von Entwicklungsprojekten.*

*Aufgrund von Todesdrohungen, Einschüchterungen und Verfolgungen durch Unbekannte, begleiteten wir seit März 2005 den Leiter der UVOC, **Carlos Morales**. Zudem wenden wir weiterhin unsere Aufmerksamkeit auf die heikle Situation einiger ländlicher Gemeinden, die der UVOC angehören und sich im Kampf um die Erde und den Zugang zu ihr befinden.*

Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila

Im Juli besuchten wir weiterhin regelmäßig das Büro des Anwalts Pérez Archila und trafen uns mit ihm und Mitgliedern seines Teams. Wir begleiteten Edgar Pérez zu verschiedenen Gerichtsanhörungen. Am 22. Juli begleiteten wir ihn zur ersten Vernehmung von Pedro Henríz Pimentel Ríos im Fall des Massakers des Dorfes Las Dos Erres, Petén. Man stellte ihn bis zur Präsentation der Beweise im September unter Anklage.

Wir verfolgen zudem weiterhin den ersten Gerichtsprozess wegen Genozids in Guatemala und auf lateinamerikanischer Ebene, bei welchem der General Héctor Mario López Fuentes wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde. Edgar Pérez ist bei diesem Prozess Anwalt der NebenklägerInnen. Am 25. Juli begann die öffentliche Debatte im Fall des Massakers in las Dos Erres, welches im Dezember 1982 verübt wurde. Seit der Eröffnung der Anhörungen begleiteten und beobachteten wir diesen Prozess (siehe *Aktuelle Lage der Menschenrechte*).

⁴ Human Rights First (HRF), Washington Office on Latin America (WOLA), Network in Solidarity with the people of Guatemala (NISGUA), Grassroots International, American Jewish World Service, Latin America Working Group (LAWG), Institute for Peace and Justice - University of San Diego, Brief an den Präsidenten Álvaro Colom, 8. Mai 2009.

Wir sorgen uns um die Sicherheitssituation Pérez Archilas aufgrund einer **öffentlichen Mitteilung** der **Vereinigung der Militärveteranen Guatemalas** (AVEMILGUA) in der guatemaltekischen Tageszeitung *Prensa Libre* am 22. Juli, in welcher auf die aktuelle Wiederbelebung der Fälle des Genozids Bezug genommen und Folgendes wortwörtlich ausgedrückt wird: „Wir halten den hohen Geist des Patriotismus und unseren altbewährten Stolz weiterhin aufrecht. Aus diesem Grund sind wir auch dazu bereit, erneut zu kämpfen, wenn die Umstände es verlangen.“

Hintergrund: *Im August 2010 begannen wir den Menschenrechtsverteidiger und -anwalt Edgar Pérez Archila bei seiner Arbeit der Verteidigung der Gerechtigkeit und gegen Straflosigkeit zu begleiten. Er ist vor allem in den öffentlichen Gerichtsprozessen über die begangenen Massaker während des bewaffneten Konflikts in Guatemala und anderer Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und Gegenwart tätig. Wir haben ihn während seiner Arbeit im Rahmen verschiedener Gerichtsprozesse begleitet, unter anderem: der Anklage des Verschwindenlassen, Folter und Mord an dem Guerillakämpfer Efraín Bámaca Velásquez im Jahr 1992; dem Massaker in der Gemeinde Las Dos Erres in 1984; dem Massaker in der Gemeinde Río Negro in 1982, sowie in den Gerichtsprozessen wegen Genozids, welche vor den guatemaltekischen Gerichten seit 2000 verhandelt werden.*

Aufgrund der Brisanz dieser und weiterer Fälle des Rechtsanwalts Pérez und verschiedenen Vorkommnissen gegen die Sicherheit seiner Person in den letzten Jahren, bietet ihm PBI internationale Begleitung.

Historisches Archiv der Nationalpolizei (AHPN)

Im Juli trafen wir uns und blieben weiterhin in Kontakt mit Alberto Fuentes, einem Mitglied des leitenden Teams, um die Begleitung und internationale Beobachtung der im August vom AHPN geplanten Aktivitäten zu koordinieren. Aus diesem Grund besuchten wir des Öfteren die Räumlichkeiten des AHPN.

Hintergrund: *Das AHPN wurde im Jahr 2005 zufällig durch Personal der Menschenrechtsombudsstelle (PDH) gefunden, als sie Präventionsmaßnahmen für die Einlagerung von Sprengstoff in Einrichtungen der guatemaltekischen Sicherheitskräfte vornahmen. In einem Gebäude in der Zone 6 der Hauptstadt – welches während des internen bewaffneten Konflikts als Krankenhaus der Nationalen Polizei (PN) gebaut worden war, aber niemals als solches genutzt wurde – wurden 80 Millionen Dokumente gefunden: verlassen, aufgestapelt und in schlechtem Zustand. Es handelte sich um die historisch-administrative Dokumentation der Nationalen Polizei seit ihrer Gründung 1881 bis zu ihrer Abschaffung 1997, einer Institution deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts durch die Kommission zur Historischen Aufklärung (CEH) bewiesen wurde. In ihrem Bericht „Guatemala – Memoria del Silencio“ stellt die Kommission fest, dass die Nationale Polizei als Einsatzkommando des Geheimdienstes der Armee eingesetzt wurde (als Fassade des G-2) und in den meisten Fällen den Befehlen der Armee unterstand. Bei diversen Gelegenheiten während der Investigationen der CEH verleugneten die verschiedenen Staatsorgane – inkl. Innenministerium und Nationale Polizei (PN) – die Existenz von Archiven oder Dokumenten, welche die Erforschung von Menschenrechtsverletzungen ermöglichen würde.*

Nach einer ersten Arbeitsphase, welche durch die PDH zur Wiederherstellung der Dokumente und zur Schaffung notwendiger Bedingungen für den öffentlichen Zugang zu den im Archiv gelagerten Dokumenten eingeleitet wurde, konzentrieren sich die Anstrengungen seit 2010 auf die Institutionalisierung des Archivs, die Suche nach politischer, rechtlicher und administrativer Gewissheit, die technische Stabilisierung des Dokumentenguts und die Schaffung von Bedingungen und Verfahrensweisen, um den öffentlichen und permanenten Zugang zu den im Archiv enthaltenen Informationen sicherzustellen.

Heute ist das AHPN Teil des Generalarchivs Zentralamerikas, Trägerschaft und Rektorat obliegen dem Kulturministerium Guatemalas. Es funktioniert ausschließlich durch Spenden und Fonds der internationalen Kooperation. Das Archiv ist ebenfalls Teil der internationalen Koalition der „Orte des Bewusstseins“, da das Gebäude, in dem sich das Archiv befindet, als geheimes Gefängnis der Nationalen Polizei während des bewaffneten Konfliktes genutzt wurde. An der Leitung, Koordination und Entwicklung des Archivs, der Rettung der Dokumente und an der Förderung des öffentlichen Zugangs zu den Informationen, beteiligen sich anerkannte Menschenrechtsaktivisten Guatemalas. Im Bereich der Konservierung, Organisation und Archivierung arbeiten 150 Personen. Bis zum 31. März 2011 wurden mehr als 12 Millionen Bilder aus digitalisierten Dokumenten und mehr als 19.000 Büchern realisiert, es gingen 4.503 Anfragen nach Informationen ein, welche mit der Ausgabe von 45.020 Dokumenten beantwortet wurden (1.001 an Familien der Opfer, 1.298 an die Staatsanwaltschaft, 98% davon an die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte).

Wir halten das AHPN für ein Schlüsselinstrument im Kampf gegen die Straflosigkeit, den Wiederaufbau der historischen Erinnerung und das Durchsetzen von Gerechtigkeit. Aufgrund der Bedeutung des Archivs, Beweise durch Dokumente und Sachverständigengutachten in öffentlichen Gerichtsprozessen beizutragen, um konkrete Fälle von im bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen zu erforschen und aufzuklären und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Verantwortlichen zu bestimmen, erachten wir es als wichtig, durch unsere Begleitung zum Schutz des Archivs beizutragen und jegliche Drohungen oder Angriffe gegen das Archiv abzuwenden.

2.4 FOLLOW UP

Wir erhalten regelmäßig Anfragen zur Begleitung von sozialen Organisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen, die bedroht werden oder sich bedroht fühlen. Durch die internationale Begleitung versuchen wir, diese Bedrohungen zu mindern, und damit einen sichereren Freiraum für ihre Aktivitäten zu schaffen. Wenn das Risiko, die Bedrohungen und die Sicherheitsvorfälle dieser begleiteten Organisationen und Personen abgenommen hat, setzen wir die Begleitung in Form von „Follow up“ fort. Dies bedeutet, dass wir die physische Begleitung mindern, aber durch Treffen und/oder Anrufe in ihren Büros oder Arbeitsplätzen in Kontakt bleiben. Zugleich sind wir weiterhin bereit, konkreten Anfragen nachzukommen, die aus besonderen Gründen internationale Präsenz benötigen.

Folgende soziale Organisation befindet sich in der Kategorie Follow up:

Organisation zur Unterstützung integraler Sexualität angesichts AIDS, OASIS

Im Monat Mai haben konnten wir aufgrund einer positiven Evaluierung der Sicherheitssituation, weniger Bedrohung gegen die Organisation und ihre Mitglieder, OASIS in die Phase des Follow ups übernehmen. Wir haben den Kontakt durch Treffen mit Jorge López aufrechtgehalten, und hörten seine Bilanz über die XI Parade zur sexuellen Diversität und Genderidentität in der Hauptsadt, welche durch OASIS gemeinsam mit anderen Organisationen und Kollektiven von Homosexuellen, Lesben, Bisexuellen, Transsexuellen und Transgendern (LGBT) organisiert wurde und am 25. Juli stattfand. OASIS nahm auch am II Nationalen Forum der Menschenrechte einer der sexuellen Vielfalt respektierenden Gesellschaft teil, die am 7. Juli stattfand.

Hintergrund: *OASIS arbeitet im Bereich der Sexualerziehung und Prävention von HIV/AIDS, sowie des Schutzes und der Förderung der Rechte von Homo-, Bi-, Transsexuellen und Transgender.*

Am 17. Dezember 2005 wurde die Transgender Paulina ermordet, womit die Zahl der in dem Jahr ermordeten sexarbeitenden Transgender auf sieben

anstieg. **Zulma Robles**, die beim Verbrechen gegenwärtig war, wurde schwer verletzt. OASIS zeigte den Fall bei der Staatsanwaltschaft an, und Zulma identifizierte vermeintliche Beamte der Nationalen Zivilpolizei (PNC) als Täter des Verbrechens. Mitglieder von OASIS wurden daraufhin verfolgt, belästigt und bedroht. Aus diesem Grund ordnete die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) am 3. Februar 2006 Schutzmaßnahmen für 13 Mitglieder der Organisation an, welche erst drei Jahre später von der guatemaltekischen Regierung umgesetzt wurden. PBI begleitet OASIS seit Anfang 2006. Im Januar 2009 haben wir die Begleitung von **Jorge López** verstärkt, nachdem gegen ihn ein Strafprozess wegen versuchten Mordes an der Sexarbeiterin Laila (Axel Leonel Donis González) begann. Jorge López verstand dieses Verfahren als eine neue Variante der permanenten Verfolgung und Einschüchterung, unter denen er in den letzten Jahren zu leiden hat und die den Fortschritt der Arbeit der Organisation und den Respekt der Menschenrechte der Gemeinschaften der sexuellen Vielfalt zu verhindern sucht. Am 29. September 2009 wurde die Anklage fallen gelassen, nachdem an zwei gerichtlichen Anhörungen Mitglieder verschiedener europäischer Botschaften als Beobachter teilnahmen.

2.5 BEOBACHTUNGEN

PBI stellt in Guatemala internationale Beobachtung für diejenigen öffentlichen Ereignisse, für welche die guatemaltekischen sozialen Organisationen einen Bedarf gemeldet haben, um Aufmerksamkeit und internationales Interesse zu zeigen und außerhalb von Guatemala über das, was beobachtet wird, zu berichten.

Am 07. Juli nahmen wir in der Gemeinde Sacapulas, Quiché an der Veröffentlichung von Ergebnissen einer Volksbefragung teil, die am 20. Mai in der Gemeinde über die Installation von Wasserkraftanlagen durchgeführt worden war. Bei dieser Befragung stimmten über 28.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit NEIN hinsichtlich der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sowie zu einem Bau der geplanten Wasserkraftanlage. Ebenfalls forderten sie einen Widerruf der bereits vergebenen Lizenzen für eine Ausbeutung der in der Region vorhandenen natürlichen Ressourcen.

Am 10. Juli beobachteten wir die Volksbefragung in der Gemeinde Santa Rosa de Lima im Departement Santa Rosa, bei der sich 98,5% der Teilnehmenden gegen Bergbauaktivitäten in ihrer Gemeinde aussprachen.

Außerdem beobachteten wir am 12. Juli eine von Gemeinden aus Quetzaltenango in der Hauptstadt organisierte Pressekonferenz. Thema dieser Veranstaltung war die Veröffentlichung der Ergebnisse von Volksbefragungen in sieben Munizipien des Departements von Quetzaltenango über die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen.

2.6 FEIER DES 30. JUBILÄUMS VON PBI. AKTIVITÄTEN IN GUATEMALA.

Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des dreißigsten Geburtstages von PBI organisierten wir drei Aktivitäten:

Am 19. Juli lud PBI zu der öffentlichen Präsentation der von PBI erarbeiteten Studie „Guatemaltekische indigene Frauen im Widerstand: Protagonistinnen in der Verteidigung von Mutter Erde und ihrer natürlichen Ressourcen“ ins Gemeindehaus von Santa Fe Ocaña in der Gemeinde San Juan Sacatepéquez ein. An der Veranstaltung nahmen etwa 160 Personen teil.

Am 20. Juli organisierten wir ein Treffen von Frauen, die für die Verteidigung der Menschenrechte, der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte sowie den Umweltschutzes aktiv sind. An der Versammlung nahmen folgende Rednerinnen teil: Lorena Cabnal von AMISMAXAJ gab einen Überblick über die Vielfalt der von Frauen in diesen Bereichen durchgeführten Aktivitäten; Luvia Jiménez von der Gruppe der jungen Frauen von AMISMAXAJ führte in die Arbeit dieser Gruppe ein; Maria Margarita Coc Choc von der Gemeinde La Union, El Estor, Izabal, hielt ein Referat über den Kampf der Gemeinden vor und nach der Räumungen in Valle de Polochic; und Catarina Tzoy von UDEFEGUA, stellte die Arbeit des „Warnnetzwerkes der Menschenrechtsverteidigerinnen“ vor und ging auf die Risiken und speziellen Sicherheitsbedingungen von Frauen als Aktivistinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen ein.

Am 28. Juli organisierte PBI eine Podiumsdiskussion über den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen. An dem Gespräch nahmen teil: Lorena Cabnal (AMISMAXAJ), José Mauro Cosojay (Q'a molo Q'i San Juan), Carlos Morales (UVOC), José de Jesús Orozco Henríquez (CIDH), Christina Papadopoulou (OACNUDH) und Pedro Henríquez (Delegation der Europäischen Kommission in Guatemala). Anschließend formierten sich verschiedene Arbeitstische über die Themen „Kampf gegen die Straflosigkeit“, „Kampf für den Schutz des Territoriums und der natürlichen Ressourcen“, sowie „Kriminalisierung des sozialen Protestes und ihre Auswirkungen auf den Prozess der Verteidigung und Promotion der Menschenrechte“. Die Veranstaltung erlaubte die Annäherung zwischen MenschenrechtsverteidigerInnen und RepräsentantInnen der Internationalen Gemeinschaft. Zugleich ermöglichte sie lokalen gesellschaftlichen Akteuren, die normalerweise keine Möglichkeiten zu Treffen und Besprechungen mit dem diplomatischen Korps und anderen internationalen Akteuren haben, ihre Sicherheitslage darzulegen und mit dieser internationalen Ebene in den Dialog über die Bedürfnisse und Ansprüche des Menschenrechtsschutzes zu treten.

3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB GUATEMALAS

Die regionalen Repräsentantinnen, das Koordinationsbüro des Projektes und andere Mitglieder des Projektkomitees und des Büros des Projektes, als auch die PBI-Ländergruppen pflegen Kontakte mit zahlreichen NROs, Länderregierungen und staatlichen Organisationen, ParlamentarierInnen usw. Die Treffen helfen, das sogenannte „Unterstützernetzwerk“ für das Projekt zu vergrößern und zu verstärken, ein unabdingbares Mittel für die Wirksamkeit der internationalen Präsenz von PBI in Guatemala.

Die Europarepräsentantin beteiligte sich am 5. Juli in Brüssel an einem Austausch über „Länderstrategien für Menschenrechte“ zwischen dem Netzwerk für Menschenrechte und Demokratie (HRDN) und Charles Michel Geurts, dem Leiter der Menschenrechtsabteilung, sowie Malgorzata Gorska, der Verantwortlichen für Länderstrategien für Menschenrechte des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD).

Am 12. Juli nahm sie an einem Austausch zwischen Mitgliedern des HRDN mit Repräsentanten der Mitgliedsstaaten und des EAD bezüglich der Treffen der Arbeitsgruppe Menschenrechte des Europäischen Rates (COHOM) teil.

PBI GUATEMALAPROJEKT

Team in Guatemala

3ª Avenida "A", 3-51, Zona 1, Ciudad de Guatemala
Telefax: (+502) 2220 1032
equipo@pbi-guatemala.org
www.pbi-guatemala.org

Projektkoordination

Plaza Manuel Granero 9, Puerta 18, 46006 Valencia (España)
Telefon: (+34) 963 816 835
coordinación@pbi-guatemala.org

Deutsche Übersetzung

Guatemala AG c/o PBI Deutscher Zweig e.V.
guatemala@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de